

## „Corona ist ein Treiber der Armut“

Aktueller Bericht, 17.12.2021

<https://www.sr-mediathek.de/index.php?seite=7&id=110764&nbsp;>

## Neuer Vorstand der Saarländischen Armutskonferenz e.V.



**SAK-Vorsitzender: Michael Leinenbach**

*Die Mitgliederversammlung der Saarländischen Armutskonferenz hat folgenden Vorstand neu gewählt:*

Vorsitzender: Michael Leinenbach

Stellv. Vorsitzender: Jürgen Veit

Schatzmeister: Christoph Jacob

Beisitzer: Michael Sperlich,

Jürgen Thiele (**verstorben am 22.02.2022**),

Stephan Klein

**Aufgabenverteilung in der SAK e.V. (Vertretungen)**

- Beirat für Armut des Sozialministeriums	Michael Leinenbach
- AGs im Zusammenhang mit dem Beirat für Armut	Michael Leinenbach
- Saarland Sozialgipfel	Michael Spertlich, Christoph Jakob
- Energiesicherungsstelle	Wolfgang Edlinger, Christoph Jakob
- Veranstaltungen von Parteien	Michael Leinenbach, Vertretung: Manfred Klasen, Stephan Klein,
- Stellungnahmen in Medien	1. Michael Leinenbach, 2. Manfred Klasen
- Gespräche mit den (Landtags)Fraktionen	gesamter Vorstand
- Anhörungen im Landtag	verschiedene Vorstandsmitglieder
- AG der Landesarmutskonferenzen in Deutschland	Manfred Klasen
- AG Armut und Gesundheit der NAK	Manfred Klasen
- Delegiertenkonferenz der NAK	Manfred Klasen

- Initiative Soziales Burbach ..... Manfred Klasen .....

**Armutskonferenz und Arbeitskammer prangern Spaltung der Gesellschaft an**

Bericht zur SAK-Aktion im Aktuellen Bericht, Interviews und Bericht in SR3

[HTTPS://WWW.SR.DE/SR/HOME/NACHRICHTEN/PANORAMA/INTERNATIONALER\\_TAG\\_ZUR\\_BESEITIGUNG\\_ARMUT\\_FORDERUNGEN\\_SAARLAND\\_10](https://www.sr.de/sr/home/nachrichten/panorama/internationaler_tag_zur_beseitigung_armut_forderungen_saarland_10)

# Armutskonferenz fordert freien Zugang zu Energie für alle

Angesichts der drastisch steigenden Preise für Strom, Gas und Öl fordert die Initiative die Politik im Vorfeld des Weltarmutstags an diesem Samstag zum Handeln auf. Die Armutskonferenz verweist auf den Fall eines Saarländers mit Sauerstoffgerät, dem eine Stromabschaltung angedroht wurde.

VON MATTHIAS ZIMMERMANN

**SAARBRÜCKEN** Jeder bekommt es zurzeit zu spüren: Die Preise für Strom, Gas, Öl und Benzin an den Zapfsäulen der Tankstellen sind in die Höhe geschossen. Das ist für jene, die ohnehin am Existenzminimum leben, eine Katastrophe. „Da tickt eine Bombe. Das ist eine bittere Entwicklung“, beschreibt Wolfgang Edlinger die Lage aus seiner Sicht.

Deshalb fordert der Vorsitzende der Saarländischen Armutskonferenz (SAK) von den Politikern, rasch gegenzusteuern. Was bereits in der ersten Corona-Welle dramatisch gewesen sei, spitze sich jetzt durch die explodierenden Rohstoffpreise extrem zu. Und das treffe mittlerweile längst nicht mehr nur die Menschen, die ohnehin schon sozial benachteiligt seien. Zunehmend leide auch die Mittelschicht im Saarland unter den Folgen des enormen Preisanstiegs bei Energie.

Hefige Kritik übt er an Stromsperrern. Zudem werde zunehmend auch immer wieder Wasser und Heizung abgedreht. „Die Politik muss dem endlich einen Riegel vorschieben“, verlangt Edlinger im SZ-Gespräch. Bisherige Willensbekundungen und zaghafte



Der Vorsitzende der Saarländischen Armutskonferenz, Wolfgang Edlinger

FOTO: ARMUTSKONFERENZ/SANJUNGLESCH

Ansätze hätten nichts gebracht. Schlimmer noch: Nach kurzer Verschnaufpause für Betroffene, wenn Härtefälle öffentlich wurden, sollen Energieversorger mit aller Härte zugeschlagen haben. Edlinger will ein Verbot von Energiesperren durchgesetzt sehen.

Denn solche Maßnahmen könn-

ten sogar lebensbedrohlich sein. Edlinger schildert in diesem Zusammenhang einen aktuellen Fall aus dem Saarland: „Einem Mann mit 65-prozentigem Behinderungsgrad, der auf ein elektrisches Sauerstoffgerät angewiesen ist, wurde eine Stromsperrung angedroht.“ Auf die Notlage der Menschen werde keine Rücksicht genommen, Edlinger: „Sowas darf es nicht mehr geben.“

Dabei nutzen Anbieter seiner Erkenntnis nach immer neue Schlupflöcher. Nach dem Richterspruch zu unzulässigen Mahngebühren, die von Energieversorgern eingeschaltete Inkassobüros säumigen Zahlern aufbrummen, gingen Versorger jetzt neue Wege. Sollten Stundungen oft durch Verhandlungshilfe der Sozialverbände erzielt werden, setzten die Unternehmen horrende Gebühren dafür fest. Die gingen weit über übliche Darlehenszinsen hinaus. Wer unverschuldet mit wenig Geld aus-

kommen müsse, werde damit zusätzlich ausgebeutet.

Im Zusammenhang mit der aktuellen Teuerung von Öl und Strom kann sich der Armutskonferenz-Vorsitzende eine Regel ähnlich der in Frankreich vorstellen. Dort deckelt der Staat die Preise über die Wintermonate. Dies könne die Lage in Deutschland ebenfalls entspannen. Denn zurzeit werde die Kluft zwischen Arm und Reich gerade im Saarland immer größer. Zunehmend sei die Mittelschicht von dieser Entwicklung betroffen.

Im Vorfeld des Weltarmutstages an diesem Samstag, 16. Oktober, hat damit die Saarländische Armutskonferenz den inhaltlichen Schwerpunkt des Aktionstages in Saarbrücken festgelegt: Zur Energie als Grundstock der Existenzsicherung müsse jeder freien Zugang haben. Das müsse die Politik gewährleisten.

Wegen steigender Gas- und Heiz-

**INFO**

**Aufgaben und Ziele der Armutskonferenz**

Die Initiative ist ein Zusammenschluss der Spitzenverbände der freien Wohlfahrtspflege. Zu diesen gehören unter anderem die Arbeiterwohlfahrt (Awo) und Caritas-Verband. Außerdem beteiligen sich Selbsthilforganisationen und

der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB).

**Selbstgesteckte Aufgabe** ist der Kampf gegen Armut.

**Gründung war 1991.** Sie ist dem europäischen Netzwerk European Anti Poverty Network angegliedert. Im Saarland arbeitet die Saarländische Armutskonferenz als regionale Vertretung.

ölpreise verlangt der Sozialverband VdK Saarland ein höheres Wohngeld für Menschen mit geringem Einkommen. Dies sei vordringliche Aufgabe der neuen Bundesregierung. „Es kann nicht sein, dass Geringverdiener, die trotz Arbeit wenig Geld zur Verfügung haben, durch steigende Heizkosten noch stärker belastet werden und aus purer Not die Heizung herunterdrehen oder an Lebensmittel oder Kleidung sparen, um im Winter nicht zu

frieren“, heißt es dazu auf SZ-Anfrage.

Auch der VdK sieht Energiearmut als eines der großen Probleme. Aus Sicht der Sozialverband-Verantwortlichen sei der Stromanteil im Regelsatz der Sozialhilfe viel zu niedrig. Zudem fordert der VdK Einmalbeihilfen, um sparsame Elektro-Großgeräte anzuschaffen. Viele arme Haushalte verfügten nicht darüber, was Energiekosten zusätzlich in die Höhe treibe.

(Zum vergrößern: rechts anklicken, "Bild in neuem Tab öffnen")



# Saarländische Armutskonferenz

Pressemitteilung

Saarbrücken, 11.10.2021

## Armutskonferenz mit Aktion zum Weltarmutstag

\* Am Saarbrücker Ludwigsplatz am **Sa, 16.10.** gegen die Spaltung der Gesellschaft

Die Saarländische Armutskonferenz wendet sich am diesjährigen „Internationalen Tag zur Beseitigung der Armut“ mit einer öffentlichen Aktion gegen die Spaltung der Gesellschaft.

Vor der Treppe zum Saarbrücker Ludwigsplatz wird die Armutskonferenz, **am Sa, 16.Okt., ab 10:30 h** auf einer Holz-Steele ihre Positionen formulieren, um die Spaltung zu verhindern.

Konkret geht es gegen soziale Ausgrenzung, gegen Verarmung, gegen Zwangsräumungen, gegen Sanktionen und für eine Deckelung der Energiepreise.

Ergänzt wird die Aktion durch eine Performance, mit der Menschen Armut und Reichtum pantomimisch darstellen. Zudem werden die Maßnahmen gegen die Spaltung der Gesellschaft laut vorgetragen.

Der diesjährige Aktion zum Weltarmutstag steht unter dem Motto:

„Gegen die Spaltung der Gesellschaft – jetzt muss Schluss sein“.

## SAK-Veranstaltung: Befragung von Bundestagskandidat\*in zu Armut, 02.09.2021

SR- BEITRAG IM AKTUELLEN BERICHT: [HTTPS://WWW.ARDMEDIATHEK.DE/VIDEO/AKTUELLER-BERICHT/AKTUELLER-BERICHT-03-09-2021/SR-FERNSEHEN/Y3JPZDOVL3NYLW9UBGLUZS5KZS9BQL8XMDY2MTI/](https://www.ardmediathek.de/video/aktueller-bericht/aktueller-bericht-03-09-2021/sr-fernsehen/y3jpzdovl3nylw9ubgluzs5kzs9bql8xmdy2mti/)  
AB MIN. 19:07 – 21:25

# Was Politiker gegen wachsende Armut unternehmen wollen **SZ**

VON UDO LORENZ

**SAARBRÜCKEN** Zu wenig Geld für sich selbst und die Bildung der Kinder, keine angemessene und bezahlbare Sozialwohnung, keine richtige Beschäftigungsförderung und manchmal gar Strom- oder Wasserversorgungssperren. Mindestens jeder sechste Saarländer liegt laut offiziellen Zahlen unter der Armutsschwelle von knapp 1200 Euro Netto-Einkommen im Monat. Die Armut hat damit im Land ein neues Rekordniveau erreicht. Auf Einladung der Saarländischen Armutskonferenz befragten deshalb am Donnerstagabend etliche von Armut Betroffene in der Saarbrücker Wärmestube saarländische Bundestagskandidaten von CDU, SPD, Grünen und Linken nach Auswegen seitens der Politik. Es fehlten die FDP, die mit ihrer Listenkandidatin Sabine Reiter eigentlich zu-

sagt hatte, und die AfD. „Ich erhalte ergänzende Sozialleistung und bin häufig schon am 20. des Monats finanziell am Ende. Was raten Sie mir?“, fragte ein älterer Hartz-IV-Empfänger den CDU-Landtagsabgeordneten Alwin Theobald. Der meinte, er kenne sich zwar im Zuwendungswesen nicht genau aus, aber es sei wohl am besten, wenn man den Betroffenen ein Budget zur Verfügung stelle, statt sie zwecks Antragstellung mit viel Bürokratieaufwand und Steuerzahlerkosten zu einer Vielzahl von Stellen zu schicken. „Toll, dass ein Politiker von CDU dazu steht“, lobte der Fragesteller. Ein anderer wollte wissen, warum einem in einer Pizzeria arbeiten dem Hartz-IV-Empfänger seine 5,16 Euro für Essen pro Tag, die ihm laut Regelsatz zustehen, gekürzt würden, weil ihm der Arbeitgeber mehrmals die Woche kostenlosen Mittagstisch

biete. Für den Vorsitzenden der Armutskonferenz und Moderator des Abends, Wolfgang Edlinger, schlicht ein „Skandal“.

Dazu zählten von Armut Betroffene auch die Strom- und Wassersperren seitens der Energieversorger sowie ein gerade mal für die Bildung von Kindern zur Verfü-

gung stehender Betrag in Höhe von 1,60 Euro im Monat im Warenkorb für den Hartz-IV-Regelsatz. Die befragte Grünen-Direktkandidatin Ute Lessel erklärte dazu: „Wir wollen eine Garantiesicherung haben für die Kinder“. Beklagt wurde in der Fragerunde auch, dass Schulkinder, die wegen großer Entfernung auf den öffentli-

chen Nahverkehr angewiesen sind, die Jahreskartenerstattung für die Zeit der sechswöchigen Ferien gekippt bekämen. Konkrete Zusagen des SPD-Direktkandidaten Christian Petry: „Ich werde mit den Entscheidungsträgern reden.“ Manche der von Armut Betroffenen wollten auch wissen, wie die Parteien zum Mindestlohn stehen. Und auf die Antwort zwölf Euro (Grüne) oder 13 Euro (Linke) hieß es aus der Runde: „Zu wenig, es müssten 15 Euro sein.“ SPD-Kandidat Petry machte das zuständige CDU-geführte Bau-Ministerium im Land dafür verantwortlich, dass es im Saarland viel zu wenig Sozialwohnungen gebe.

Für die Linke sagte Direktkandidat und Gewerkschaftsfunktionär Mark Baumeister, seine Partei wolle 1200 Euro Mindesteinkommen und Mindestrente gegen die Altersarmut sowie einen Wegfall der ge-

sundheitlichen Zuzahlungskosten für Brillen, Zahnersatz und Medikamente. Vieles hänge in einer neuen Bundesregierung aber von möglichen Koalitionen ab, hieß es dazu seitens praktisch aller Politiker. Und Armutskonferenz-Vorsitzender Edlinger bilanzierte: „Es gibt viel gutes Wollen bei den Politikern, aber die Entscheidungen, die getroffen werden, sind oft immer wieder nicht sozial.“ Eine weitere Fragerunde zu Kinder- und Altersarmut im Saarland sowie anderen sozialen Themen wie Pflege und Wohnen – unter anderem mit Bundesministerin Anngret Kramp-Karrenbauer (CDU) – veranstaltet der Sozialverband VdK als Kandidaten-Check per Livestream am 9. September.



Einem Hartz-IV-Bezieher, der in einer Pizzeria jobbt, strich das Amt seinen täglichen Essenszuschuss von 5,16 Euro zusammen. Weil er dort mitessen darf. Ein „Skandal“, sagt Armutskonferenzchef Peter Edlinger. FOTO: THOMAS RENHARDT

Produktion dieser Seite:

Manuel Götz  
Markus Saeftel

04.09.2021

(Zum vergrößern: rechts anklicken, "Bild in neuem Tab öffnen")

SOZIALWISSENSCHAFTEN HTW SAAR \* VPSA \* BUNDESKONGRESS SOZIALE ARBEIT \* DBSH LANDESVERBAND SAARLAND

## Stärken bündeln für soziale Gerechtigkeit „Bundeskongress für Soziale Arbeit to go“ an der htw saar

Was?  
Der Bundeskongress für Soziale Arbeit to go vom 14.-15.10.2021 in Saarbrücken beschäftigt sich mit zentralen Themen der Sozialen Arbeit, zu denen jeweils aktuelle Perspektiven aus Wissenschaft und Berufspraxis der Sozialen Arbeit versammelt werden. Einerseits möchte der Kongress die aktuellen ethischen Herausforderungen in den Handlungsfeldern der Sozialen Arbeit in den Blick rücken, andererseits bringt der Kongress seit 20 Jahren Praxis, Forschung, Lehre und Interessensvertretungen zusammen, um ein gemeinsames öffentliches Forum zu schaffen. Dabei kreist der Kongress um die eine, wesentliche Frage Sozialer Arbeit: Wie schaffen wir soziale Gerechtigkeit?  
Gerade im Kontext der gesellschaftlichen Verwerfungen unserer Zeit gerät die (Aus-)Bildung, Qualifizierung und Weiterbildung professioneller Sozialer Arbeit in den Blick. Ihre Ressourcen sind, auch als Folge der Pandemiekosten, bedroht. Hinzu kommen neue fachliche Aufgaben, die nur dann bewältigt werden können, wenn sich die personale Situation verändert. Der Nachwuchs kommt aus einer Vielzahl unterschiedlichster Ausbildungs- und Studiengänge. Um den Bedarf an sozialen Fachkräften zu decken, werden immer mehr Hilfsberufe etabliert. Fachfremde Perspektiven finden Eingang in Theorie und Praxis. Damit Disziplin und Profession mit diesen Herausforderungen zukunftsfähig umgehen kann, müssen Antworten gefunden werden, damit Soziale Arbeit handlungsfähig bleiben kann oder wieder handlungsfähig wird.  
Als erster Teil eines vierteiligen Kongresses möchte der BUKO to go in Saarbrücken Ideen für die aktuellen Herausforderungen in der Professionalisierung zukünftiger Sozialarbeiter\*innen sammeln, didaktisch-curriculare Themenbereiche im Kontext der verschiedenen (Aus-)Bildungswege aufzeigen, ethische Anforderungen an die Berufspraxis und die Wissenschaftspraxis der Sozialen Arbeit erörtern und somit zur Zukunftsfähigkeit der Sozialen Arbeit beitragen.  
Kurz: Wir suchen unseren gemeinsamen Nenner. Bundeskongress to go: Es muss wieder ums Gemeinsame gehen!

Wann?  
Donnerstag, 14. Oktober 2021 von 14:00-19:15 Uhr  
Freitag, 15. Oktober 2021 von 09:00-13:00 Uhr

Wo?  
Der Bundeskongress Soziale Arbeit to go findet in digitaler Form statt. Wir laden Sie herzlich ein, sich ab dem 15. Juli 2021 auf unserer Internetseite für den Kongress und die verschiedenen Workshops anzumelden. Der Teilnehmer\*innenbeitrag wird pro Tag 25€ betragen. Studierende sowie Mitwirkende können kostenlos teilnehmen.  
Für Rückfragen wenden Sie sich bitte an das Organisator\*innenteam der htw saar oder schreiben Sie eine E-Mail an <mailto:bukotogo2021@htwsaar.de>  
[htwsaar.de/bukotogo2021](https://www.htwsaar.de/bukotogo2021)

Anmelden unter: <https://www.htwsaar.de/bukotogo2021/anmeldung-zum-kongress>

# Gemeinsame Erklärung des Ratschlag Kinderarmut anlässlich der Bundestagswahl 2021

## „VIER JAHRE ZEIT, UM KINDERARMUT ENDGÜLTIG ZU BESEITIGEN!“ #4JAHREGEGENKINDERARMUT GEMEINSAME ERKLÄRUNG DES RATSCHLAG KINDERARMUT ZUR BUNDESTAGSWAHL 2021

Jedes fünfte Kind und jede\*r fünfte Jugendliche wächst in einem Haushalt auf, in dem Mangel zum Alltag gehört: Mangel an Geld sowie an sozialen, kulturellen und gesundheitlichen Chancen. Armut grenzt aus, Armut macht krank. Diese Zusammenhänge sind seit Langem bekannt

und wissenschaftlich erwiesen. Die Politik ist nicht untätig: Vom Aufbau von Präventionsketten auf kommunaler Ebene über den Ausbau der Kindertagesbetreuung bis hin zum Starke-Familien-Gesetz wird versucht, Kinder und Jugendliche in ihrem Aufwachsen zu begleiten und ihre Startchancen und Teilhabemöglichkeiten zu verbessern.

Wir, die unterzeichnenden Organisationen, stellen allerdings fest: Die bisherigen Maßnahmen reichen nicht aus. Die Armut von Kindern und Jugendlichen stagniert auf hohem Niveau. Die Corona-Pandemie führte zu weitreichenden Einschränkungen und Veränderungen im Leben der Menschen. Diejenigen, die ohnehin am stärksten strukturellen Benachteiligungen ausgesetzt waren, standen auch in dieser Krise unter keinem ausreichenden „Rettungsschirm“:

Arme und armutsbedrohte Familien mussten den Wegfall von Leistungen für Bildung und Teilhabe, die den Kindern und Jugendlichen eigentlich zustehen, kompensieren. Sie blieben weitgehend auf sich alleine gestellt, als Schulen, Kitas und soziale Einrichtungen geschlossen waren. Die monetären Hilfen wie bspw. der Kinderbonus oder das Aktionsprogramm „Aufholen nach Corona“ waren nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Die Krise hat strukturelle Benachteiligungen verstärkt und traf vor allem die Schwächsten.

Wir, die unterzeichnenden Organisationen, fordern den neu gewählten Bundestag und die neue Bundesregierung auf, Armut von Kindern und Jugendlichen nicht länger hinzunehmen. Wir sind uns darin einig, dass alles getan werden muss, damit alle Kinder

gesellschaftliche Teilhabe und ein gutes Aufwachsen erfahren können. Dazu gehören der Ausbau der sozialen Sicherungssysteme, die Sicherstellung sozialer Infrastruktur, die intensive Begleitung von Kindern und Jugendlichen zurück in ihren Kita- und Schulalltag und die psycho-soziale Unterstützung bei der Bewältigung der Folgen der Pandemie. Alle Kinder und Jugendlichen haben ein Recht auf ein gutes Aufwachsen!

Folgende Grundsätze sind dabei zentral:

### 1. Armut ist kein Versagen der\*des Einzelnen!

Die meisten Eltern wollen das Beste für ihre Kinder und sparen eher bei sich selbst, um den Geburtstagswunsch ihrer Kinder zu erfüllen oder den Sportverein zu bezahlen. Dennoch reicht das Geld häufig nicht aus, da Löhne zu niedrig, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf unzureichend unterstützt, Kinderbetreuung teilweise nicht bedarfsgerecht und kindbezogene Sozialleistungen nicht bedarfsdeckend sind. Arme Kinder und Jugendliche können deshalb vielfach

nicht an den Angeboten teilhaben, die den meisten Gleichaltrigen selbstverständlich offenstehen. Dennoch hält sich bei einigen Politiker\*innen, Journalist\*innen und Mitmenschen hartnäckig die Auffassung, dass arme Familien ihre Lage selbst verschulden und arme Eltern verantwortungslos handeln würden. Armen Jugendlichen wird beispielsweise oft individuelles

Versagen unterstellt, wenn sie Herausforderungen auf ihrem Bildungsweg nicht problemlos meistern. Wir appellieren, Armut von Kindern, Jugendlichen und ihren Familien gesellschaftlich und politisch als strukturelles Problem zu begreifen, entsprechend zu kommunizieren und zu handeln. Eltern, Kinder und Jugendliche müssen als Expert\*innen in eigener Sache ernst genommen und bei der Entwicklung von Strategien beteiligt werden. Die Bekämpfung der Armut von Kindern und Jugendlichen mit einer vorsorgenden und unterstützenden Sozialpolitik ist kein Verteilen von Almosen, denn jedes Kind hat ein Recht auf ein gutes Aufwachsen.

### 2. Alle Kinder und Jugendlichen haben Anspruch auf gleichwertige Lebensverhältnisse!

In Deutschland hat sich die sozioökonomische Ungleichheit in den vergangenen Jahren verfestigt. Die öffentliche und zivilgesellschaftliche Infrastruktur für Kinder und Jugendliche sowie deren Familien, z.B. Bildungs- und Kultureinrichtungen, Schwimmbäder oder öffentliche Bibliotheken sowie Angebote der Kinder- und Jugendarbeit sind vielfach gerade dort am wenigsten ausgebaut, wo sie am dringendsten gebraucht werden. Familienunterstützende Angebote wie die Familienbildung, -beratung und -erholung sind finanziell nicht genügend abgesichert. Die Bildung der Kinder und Jugendlichen ist ein Schlüssel zur gesellschaftlichen Teilhabe und kann dazu führen, dass die soziale Benachteiligung nicht über Generationen hinweg fortgeschrieben wird. Hierzu sind Intensivierungen in der Bildungspolitik, gerade auch in der früh-kindlichen Bildung, notwendig. Dieses gilt überall, denn die „Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse“ nach Artikel 72 (2) GG ist eine staatliche Verpflichtung. Wir fordern von Bund, Ländern und Kommunen ein Gesamtkonzept, wie kommunale Infrastrukturangebote für Kinder und Jugendliche an den tatsächlichen Bedarf angepasst, verzahnt und solidarisch finanziert werden können, sodass sie allen offen stehen und für alle bezahlbar sind. Dazu gehören ausreichend bezahlbare Wohnungen, qualitativ hochwertige und armutsensible Angebote der Bildung, Betreuung, Erziehung und Begleitung, eine bedarfsorientierte, integrierte Schul-, Gesundheits-, Sozial- und Jugendhilfeplanung, die Absicherung von Mobilität für alle und eine gute gesundheitliche Versorgung.

### 3. Jedes Kind ist gleich viel wert!

Die Feststellung des Existenzminimums von Kindern und Jugendlichen ist für das Steuerrecht, aber auch für alle familienbezogenen und sozialen Leistungen von entscheidender Bedeutung. Willkürliche Abzüge oder Anrechnungen führen dazu, dass das Existenzminimum und damit die Auszahlungsbeträge unterschiedlich hoch ausfallen, abhängig davon, ob die Eltern für ihre Kinder neben dem Kindergeld Grundsicherung, Kinderzuschlag und/oder Unterhaltsvorschuss beziehen oder durch die Kinderfreibeträge ein zusätzliches Plus haben. Vor allem im Sozialrecht wird damit keine ausreichende gesellschaftliche Teilhabe gewährleistet. Wir fordern die Bundesregierung auf, diese Ungleichbehandlung von Kindern und Jugendlichen zu beenden! Bei der Ermittlung der Regelbedarfe für die Grundsicherungsleistungen bedarf es einer einheitlichen, transparenten, konsequent sach- und realitätsgerechten Ermittlung und Umsetzung des kindlichen Existenzminimums für alle Rechtsbereiche. Dieses Existenzminimum muss auskömmlich sein und Teilhabe für jene Kinder und Jugendlichen ermöglichen, deren Eltern sie nicht gewährleisten können. Dabei dürfen der Ausbau der Infrastruktur und die materielle Besserstellung nicht gegeneinander ausgespielt werden. Dies sind zwei zentrale Säulen für ein

gutes Aufwachsen.

#### **4. Unterstützung muss dort ankommen, wo sie gebraucht wird!**

Zwar sind in der vergangenen Legislaturperiode einige Sozialleistungen wie der Kinderzuschlag etwas verbessert worden, an der Situation armer Kinder und Jugendlicher, die Leistungen nach dem SGB II beziehen, hat das jedoch kaum etwas geändert. Das Bildungs- und Teilhabepaket ist im Bereich des Grundsicherungsrechts grundsätzlich falsch angesiedelt.

Trotz des aktuellen Versuchs, es zu vereinfachen, ist es unverändert bürokratisch, stigmatisierend und wird von vielen Familien nicht oder nur in Teilen genutzt. Wo die infrastrukturellen

Voraussetzungen nicht vorhanden sind, können manche Leistungen, wie die zur sozialen und kulturellen Teilhabe, nicht abgerufen werden, sodass für diese Kinder das Existenzminimum

nicht gedeckt ist. Wir fordern, Angebote und Leistungen zur Unterstützung armer Kinder, Jugendlicher und Familien so auszugestalten, dass sie niedrigschwellig zur Verfügung stehen und von den Leistungsberechtigten leicht in Anspruch genommen werden können. Finanzielle Leistungen sollten unbürokratisch und möglichst automatisch an Anspruchsberechtigte ausbezahlt werden. Eine gute Armutspolitik misst sich nicht daran, ob sie Leistungen vorhält, sondern ob diese auch ankommen!

Der Bundestag ist gerade neu gewählt worden.

Jetzt beginnen Koalitionsverhandlungen.

Wir fordern, dass die Bekämpfung der Armut von Kindern und Jugendlichen in der nun beginnenden 20. Legislaturperiode eine zentrale Rolle spielt.

Allen Kindern und Jugendlichen muss ein gutes Aufwachsen möglich sein!



Nationale Armutskonferenz

NETZWERK ZUR UMSETZUNG DER  
UN-KINDERRECHTSKONVENTION  
NATIONAL COALITION DEUTSCHLAND



Präventionsketten Niedersachsen:  
Gesund aufwachsen für alle Kinder!

Saarländische Armutskonferenz



SOS  
KINDERDORF SOVD

Stiftung SPI  
Sozialpädagogisches  
Institut Berlin »Walter May«



Väteraufbruch  
für Kinder e.V.

Verband  
alleinerziehender  
Mütter und Väter



ver.di-Erwerbslose  
Mittelbaden-Nordschwarzwald

VOLKSSOLIDARITÄT



Zentralwohlfahrtsstelle  
der Juden in Deutschland e.V.



zukunftsforum  
familie e.v.

Darüber hinaus wird die Erklärung mitgetragen von:

Diakonie Mitteldeutschland

Dr. Lars Anken

Institut für konstruktivistische  
Kommunikation, Landau

Dr. Irene Becker

Empirische Verteilungsforschung,  
Riedstadt

Gerda Holz

Politikwissenschaftlerin und  
Sozialarbeiterin, Frankfurt am  
Main

Dr. Maksim Hübenthal

FU Berlin

Prof. Dr. Ernst-Ulrich Huster

Evangelische Hochschule RWL  
Bochum/Universität Gießen

Dr. Gisela Notz

Sozialwissenschaftlerin und  
Historikerin, Berlin

Prof. Dr. Margherita Zander

FH Münster

Gemeinsame Erklärung des Ratschlag Kinderarmut anlässlich der Bundestagswahl 2021







# Saarländische Armutskonferenz

PRESSEMITTEILUNG:  
SAARBRÜCKEN, 17.08.2021

## **Saarländische Armutskonferenz befragt Bundestagskandidat\*innen zu „Armut“**

**\* Veranstaltung am Do. 02.09.21, 17.00 Uhr, Wärmestube Saarbrücken**

Die Saarländische Armutskonferenz lädt für Donnerstag, den 2. September um 17.00 Uhr zu einer Befragung von Bundestagskandidat\*innen in die Wärmestube Saarbrücken, Triererstr. 64 ein. Unter dem Titel „Armut aus Sicht der Betroffenen“ werden die Vertreter\*innen der Parteien sehr nah mit der Lebenswirklichkeit von Armut betroffener Menschen konfrontiert, sowie mit ihren Forderungen an die heutige Politik.

Die Fragen betreffen u.a. die Bereiche Hartz-IV-Regelsatz und Sanktionen, Wohnungsnot und sozialer Wohnungsbau sowie Wasser- und Stromsperrern.

Zugesagt zu der Befragung haben:

- für die CDU: Alwin Theobald – Landtagsabgeordneter
- für die DIE LINKE: Mark Baumeister – Direktkandidat
- für die FDP: Sabine Reiter – Listenkandidatin
- für die GRÜNEN: Ute Lessel – Direktkandidatin
- für die SPD: Christian Petry – Direktkandidat + Listenkandidat

Die Fragen werden den Politikern von derzeit von Armut Betroffenen gestellt.

In zwei Runden wird das Publikum beteiligt.

Die Moderation übernimmt der Vorsitzende der Saarländischen Armutskonferenz, Wolfgang Edlinger.

Bei der Veranstaltung gelten die aktuellen Corona-Regeln.

**Weitere Infos unter Mail: [sak@freenet.de](mailto:sak@freenet.de) und Mobil: 0176-50212338.**



# Saarländische Armutskonferenz

Presseerklärung:

## Saarländische Armutskonferenz begrüßt Urteil zu Unterkunftskosten

### \* Erstattung durch Jobcenter muss sich am Wohngeldgesetz, plus 10 Prozent, orientieren

Die Saarländische Armutskonferenz hat das jüngste Urteil des Saarländischen Landessozialgerichts zur Berechnung der Wohnungskosten armer Menschen durch die Jobcenter ausdrücklich begrüßt. Danach müssen Wohnungskosten für Leistungsbeziehende, orientiert am Wohngeldgesetz, plus 10 Prozent, erstattet werden. Die Jobcenter hätten sich an die Vorgaben des Bundessozialgerichts zu halten. Die selbst erstellten Konzepte seien nicht schlüssig.

Die Erfahrungen, so SAK-Vorsitzender Wolfgang Edlinger hätten gezeigt, dass in vielen Fällen die von den Jobcentern gewährten Unterkunftskosten nicht ausreichen, um einen angemessenen Wohnraum finanzieren zu können.

Im Ergebnis müssten Sozialleistungsbezieher aus ihrem nicht kostendeckenden Regelsatz noch zusätzlich Mittel für die Miete plus Nebenkosten aufbringen. Nach den vorliegenden Erkenntnissen betreffe dies fast jeden 5. Leistungsbeziehenden im Saarland.

Die Armut der betroffenen Menschen habe sich somit weiter verschärft. „Das ist nicht zu akzeptieren“ so die Armutskonferenz. Es sei bedauerlich, dass erst Gerichte armen Menschen zu einem menschenwürdigen Leben verhelfen müssen.

Als unzulässig wurden die „Konzepte“ der Landkreise Saarlouis und Neunkirchen sowie des Regionalverbandes vom Landessozialgericht gerügt.

Die Saarländische Armutskonferenz fordert die Landkreise und den Regionalverband auf, zeitnah ihre Konzepte für die Erstattung von Unterkunftskosten anzupassen und dabei die Vorgaben des Bundessozialgerichts einzuhalten.

## Alte Mietspiegel problematisch für arme Menschen – Hartz IV

Mit Stellungnahme von Wolfgang Edlinger, SAK-Vorsitzender

[https://www.sr.de/sr/home/nachrichten/politik\\_wirtschaft/teure\\_mieten\\_fuer\\_grundsicherungsempfaenger\\_100~\\_print-1.html](https://www.sr.de/sr/home/nachrichten/politik_wirtschaft/teure_mieten_fuer_grundsicherungsempfaenger_100~_print-1.html)



Die Welt haben wir nicht geändert. Vieles ist unerreichbar geblieben und doch sind wir Licht gewesen, haben Wärme gegeben und vielleicht Samen gelegt für eine bessere Zukunft.

### Beate Philippi

\* 02. 07. 1957 † 27. 05. 2021

Vorstandsmitglied saarl. Armutskonferenz  
Team Wärmestube

Wir behalten Beate in dankbarer Erinnerung, die mit viel Kraft, Mut und Herz das eigene Leben trotz widriger Umstände gestaltet und das Leben vieler anderer bereichert hat.

Stephan Manstein  
Wärmestube Saarbrücken

Wolfgang Edlinger  
Saarländische Armutskonferenz  
Angehörige und Freundinnen

Die Trauerfeier findet in Stille auf dem Waldfriedhof Riegelsberg statt.

Raber Bestattungen, 66292 Riegelsberg, Köllner Straße 33

# SAARBRÜCKER ZEITUNG IM REGIONALVERBAND

## BURBACH

Kleingärten sind für Pächter ein Stück vom Paradies. Seite C2

## SPORT REGIONAL

Wieso Heinz Gorlius Angela Merkel getroffen hat. Seite C 6

MIT FRIEDRICHSTHAL, GROSSROSSELN, HEUSWEILER, KLEINBLITERSDORF, PÜTTLINGEN, QUIERSCHIED, RIEGELSBERG, SAARBRÜCKEN, SULZBACH, VÖLLKINGEN

## Pfandringe - Modellversuch in Saarbrücken

Die Jamaika-Koalition im Saarbrücker Stadtrat hatte den Vorstoß von „Die Partei“ für Pfandringe abgelehnt, unabhängig davon hat die Stadt aber eigene Pläne. Es gibt auch kritische Stimmen zum Modellversuch.

VON MARCO REUTHER

**SAARBRÜCKEN** Stellen Sie sich mal vor, Ihr Einkommen wäre derart gering, dass sie es für ein paar Euro mehr sogar auf sich nehmen (müssen), weggeworfene Pfandflaschen oder -dosen aus Müllbehältern zu sammeln. Keine schöne Vorstellung, oder? Dennoch gibt es sie auch in unserem reichen Deutschland: Pfandflaschensammler.

In Saarlouis gibt es seit Februar – zurückgehend auf einen CDU-Antrag – an 31 Stellen sogenannte Pfandringe: Leere Pfandflaschen können statt in Müllbehälter dort eingeworfen werden, das erspart Pfandsuchern das Wühlen im Müll. Saarbrücken hat nun am Mittwoch, 11. Mai, einen ähnlichen Modellversuch gestartet, teilt die Stadtspresstelle auf Anfrage mit. Am Morgen wurden auf dem Max-Ophüls-Platz im Nauwieser Viertel vier „Pfandregale“ an Laternenposten angebracht. „Sie bieten Platz für insgesamt 16 Pfandflaschen oder -dosen. Die Verwaltung startet damit einen Modellversuch, den auch der Bezirksrat Mitte begleitet“, erklärt



Michael Franke (Die Partei)  
FOTO: BECKERBREDER

Stadt-Pressesprecher Thomas Blug. Angeschafft wurden die Pfandregale vom Amt für Stadtgrün und Friedhöfe. Der Modellversuch, so Blug, diene dazu, „zunächst mal Erfahrungen zu sammeln und die Resonanz zu prüfen“.

Nicht jeder, der sich für arme Menschen einsetzt, sieht Pfandringe als eine rein positive Sache: Manfred Klasen, Geschäftsführer des Vereins „Saarländische Armutskonferenz“, lehnt die Idee klar ab. Die



Klaus Foehr (rechts) und Andreas Hochstrasser befestigten am Mittwoch eines von mehreren „Pfandregalen“ an einem Laternenmasten auf dem Max-Ophüls-Platz in Saarbrücken. Dort können leere Pfandflaschen oder -dosen abgestellt werden, um Pfandsammlern das Wühlen im Müll zu ersparen. FOTO: RUPPENTHAL

Armutskonferenz sei generell gegen das Fördern von Almosen. Armen Menschen solle es nachhaltig besser gehen durch ernsthafte Unterstützung. Natürlich würden ein paar Euro zusätzlich durch das Sammeln von Pfand von Betroffenen gerne mitgenommen. Doch schnell als Lösung verkauft, ändere aber nicht wirklich etwas Grundlegendes an der Situation.

Sigrun Krack von der Diakonie Saar, Fachbereich Eingliederungs- und Wohnungslosenhilfe, unterstützt die Idee einerseits: „Bei der Diakonie sind wir durchaus offen dafür. – Es ist halt eine kleine Hilfe für die Menschen.“ Grundlegend hat sie aber eine ähnliche Ansicht wie Klasen, wenn sie sagt: „Schön ist das ja nicht und für unsere Gesellschaft eigentlich erbärmlich, dass Menschen darauf angewiesen sind.“ Gleiches gelte auch für die Tafeln. Andererseits aber erspare ein Pfandring den Pfandsammlern wenigstens das entwürdigende Herumsuchen im Müll. Sie weist auch darauf hin, dass es neben Obdachlosen auch Rentner mit Kleinst-Einkommen seien, die ihre Rente mit

Pfandflaschen-Sammeln um ein paar Euro aufbessern. Eine gewisse Kuriosität und ein Beispiel, wie sich manchmal Dinge überschneiden können, zeigt sich darin, dass die Stadtrats-Mehrheit Pfandringe erst kürzlich eigentlich abgelehnt hatte: „Die Fraktion“ der Partei „Die Partei“ hatte nämlich im Stadtrat den Antrag gestellt, Pfandringe an öffentlichen Mülltonnen in der Saarbrücker Innenstadt



Auch für Müllgefäße gibt es Pfandringe. FOTO: GUIDO SCHEFFER/EPD

anzubringen. Zugestimmt, so Michael Franke („Die Fraktion“), hätten jedoch nur SPD und Linke, die „Jamaika-Koalition“ (CDU, Grüne, FDP) dagegen habe abgelehnt. Man sei, so Franke, unabhängig von den Saarlouiser Pfandringen auf die Idee gekommen, bei der es auch darum gehe, den Armen wenigstens etwas Würde zurückzugeben. Eine Anregung seien ähnliche private Initiativen gewesen, die es



Pfandringe gibt es für Laternen- oder Schildermaste. FOTO: CARSTEN QUINN

im Nauwieser Viertel in Saarbrücken schon gegeben habe. Die Behälter seien aber damals durch das Ordnungsamt wieder entfernt worden. Zwar gehe es mit den Pfandringen nicht um eine grundsätzliche Verbesserung von Lebenssituationen, „aber man muss die Leute ja nicht im Müll wühlen lassen“.

**INFO**

**Pfandschlupf – da bleiben Millionen liegen**

**Während für den einzelnen Pfandflaschensammler** meist nur ein paar Euro bei jeder Sammelaktion drin sind – nur beim Sammeln auf Großveranstaltungen kann es deutlich mehr sein – summiert sich der Pfand-Wert nicht zurückgegebener Flaschen und Dosen insgesamt auf Millionen-Beträge. In einem Bericht des NABU heißt es, der sogenannte „Pfandschlupf“ habe allein im Jahr 2015 in Deutschland bei etwa 180 Millionen Euro gelegen. Für die 13 Jahre von 2003 bis 2015 habe sich der Pfandschlupf auf 3,5 Milliarden Euro summiert.

**Pfand** auf Einweg-Flaschen und -Dosen beträgt bei uns in der Regel 25 Cent. Pfand zum Beispiel auf herkömmliche Mehrweg-Bierflaschen beträgt 8 Cent, auf Mineralwasser- oder Limo-Flaschen 15 Cent. Das älteste Pfandsystem der Welt hat – seit 1885 – Schweden (für 33-cl-Flaschen).

**Auch in Völklingen** sollen testweise drei Pfandringe bestellt und installiert werden, teilt die Stadtspresstelle auf Anfrage mit. Der Termin steht aber noch nicht fest, auch nicht der Ort, an dem die Pfandringe angebracht werden. In Frage kämen zum Beispiel der Bahnhof oder der Innenstadtbereich.

## KOMMENTAR

### Ein Mahnmahl der Schande

**P**fandringe – ja oder nein? Etwas hin- und hergerissen bin ich in der Frage schon. Das Argument von Seiten der Saarländischen Armutskonferenz hat durchaus was für sich in dem Sinn: Arme Menschen sollten nicht mit Almosen abgespeist werden. Andererseits: Solange es arme Menschen gibt, wird es auch Pfandflaschensammler geben, denen man mit Pfandringen wenigstens den Griff in den Müll ersparen kann. Und dann spricht da noch etwas für Pfandringe: Sie sind ein sichtbares Mahnmahl. Ein Mahnmahl der Schande, dass Deutschland so etwas nötig hat.



MARCO REUTHER

An dem Modellversuch der Stadt kritisiert er, dass Pfandringe nur an einem einzigen Platz und nicht verteilt über die ganze Stadt geplant seien. Die Stadtspresstelle wiederum erklärte: „An dem Thema arbeiten wir seit geraumer Zeit, ein Zusammenhang mit dem Antrag der Fraktion „Die Fraktion“ besteht nicht.“

„ARMEN MENSCHEN SOLLE ES NACHHALTIG BESSER GEHEN DURCH ERNSTHAFTE UNTERSTÜTZUNG“ (BILD ZUM VERGRÖßERN BITTE RECHTS ANKLICKEN)

Gesundheit:

## Armutskonferenz: Corona verstärkt Probleme von Armen

Zeit-Online, Stellungnahme von SAK-Geschäftsführer, Manfred Klasen



20. April 2021, 15:37 Uhr, Quelle: dpa

[https://www.zeit.de/news/2021-04/20/armutskonferenz-armut-droht-sich-in-pandemie-zu-verschaerfen?  
utm\\_referrer=https%3A%2F%2Fwww.google.com&nbsp;](https://www.zeit.de/news/2021-04/20/armutskonferenz-armut-droht-sich-in-pandemie-zu-verschaerfen?utm_referrer=https%3A%2F%2Fwww.google.com&nbsp;)

## Saar.Armutskonferenz

@SAK\_eV

„Mal ehrlich – Einmal **arm**-immer arm?“

KOMPLETTE **SWR**-SENDUNG VOM 17.03.21, MIT EINGESPIELTER



KURZER **STELLUNGNAHME** DER SAARLÄNDISCHEN **ARMUTSKONFERENZ** ZU **KINDERARMUT** / **FAMILIENARMUT** (MIN. 33:38).  
FORDERUNG NACH **ARMUTSFESTER KINDERGRUNDSICHERUNG**

Link zur Sendung: <https://t.co/VuBgB4x2b4?amp=1>

## CORONA UND ARMUT – PANDEMIE UND LOCKDOWN VERSTÄRKEN SOZIALEN DRUCK



Sendung: **WimS**, SR-Fernsehen vom 25.02.2021

[https://www.sr.de/sr/fernsehen/sendungen\\_a\\_-\\_z/uebersicht/wims\\_das\\_magazin/20210225\\_wims\\_das\\_magazin100.html&nbsp;](https://www.sr.de/sr/fernsehen/sendungen_a_-_z/uebersicht/wims_das_magazin/20210225_wims_das_magazin100.html&nbsp;)

von Min: 11:52 – 14:09 und von 17:57 – 20.13

U.a. Interview mit dem SAK-Vorsitzendem Wolfgang Edlinger



Sonntag, 14.2.21, 19.45 Uhr, **SR-Fernsehen, Aktueller Bericht**

## Beitrag zum Thema Armut, Kälte und Obdachlosigkeit

<https://www.ardmediathek.de/sr/video/aktueller-bericht/aktueller-bericht-am-sonntag-14-02-2021/sr-fernsehen/Y3JpZDovL3NyLW9ubGluZS5kZS9BQI85OTA5Mw/>

MIT DEN SAK-VORSTANDSMITGLIEDERN, BEATE PHILIPPI, JÜRGEN THIELE UND WOLFGANG EDLINGER (VORSITZENDER)

**Die SAK fordert 100 € Krisenzuschlag, pro Monat!**

# Mit weiteren Milliarden gegen die Corona-Krise

Viele Familien und Unternehmen leiden unter der Pandemie - auch im Saarland. Ihnen will die Große Koalition im Bund finanziell helfen.

VON BIRGIT MARSCALL, KERSTIN MÜNSTERMANN, JANA WOLF UND IRIS NEU-MICHALIK

**SAARBRÜCKEN/BERLIN** Am Tag danach sind die Teilnehmer des Koalitionstreffens über sich selbst erstaunt. So „harmonisch und ruhig“ sei es schon lange nicht mehr zugegangen, sagt einer. Von einer „sehr guten Vorbereitung“ spricht ein anderer. Bundesfinanzminister Olaf Scholz (SPD) und CSU-Landesgruppenchef Alexander Dobrindt sind diejenigen, die sich bei den Treffen im Kanzleramt als erstes über den gemeinsamen Text beugen – oft viele Stunden. Diesmal waren sie bereits nach einer halben Stunde handlungsfähig, konnten zu ihren Delegationen zurückkehren und Einigkeit signalisieren. Schließlich bekam jede Seite etwas für ihre Klientel: Rund zehn Milliarden Euro haben die Koalitionäre am Mittwoch verteilt. Ein Überblick über die wichtigsten Vorhaben:

**Kinderbonus:** Familien erhalten wie schon im vergangenen Jahr auch 2021 einen Kinderbonus. Der Zuschlag auf das Kindergeld soll einmalig 150 Euro betragen. Er wird mit dem steuerlichen Kinderfreibetrag verrechnet, so dass Besserverdienende keinen Vorteil davon haben. Der Bonus wird dagegen nicht auf die Grundsicherung angerechnet. Im vergangenen Jahr betrug die einmalige Zahlung 300 Euro.

**Corona-Zuschuss für Hartz-IV-Bezieher:** Einen einmaligen Corona-Zuschuss von 150 Euro sollen nun auch erwachsene Grundsicherungsempfänger bekommen. Für plötzlich in



Im Koalitionsausschuss am Mittwochabend haben Union und SPD sich auf Corona-Zuschüsse geeinigt: Für Hartz-IV-Empfänger und Eltern, die Kindergeld bekommen, sollen einmalig 150 Euro gezahlt werden. Aber auch Unternehmen, die Gastronomie und die Kulturschaffenden erhalten Hilfe. FOTO: GETTY IMAGES/STOCK

## KOMMENTAR

### Viel Richtiges im Ausschuss dabei

Diesmal ist viel Richtiges beim Koalitionsausschuss herausgekommen: Der erneute Kinderbonus hilft ebenso wie der Corona-Zuschuss für Grundsicherungsempfänger jenen, die von der Krise besonders gebeutelt sind. Das wollte vor allem die SPD. Einmalig 150 Euro sind zwar nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Gleichwohl stärkt die Koalition damit die Binnenkonjunktur. Das ist wirksamer als eine Mehrwertsteuererhöhung für alle. Diese Maßnahmen werden weiter auf die Gastronomie zu begrenzen, macht hingegen Sinn. Ebenso wie die Anhebung des steuerlichen Verlustrücktrags, was Mittelständlern hilft. Beides wollte insbesondere die Union. Auch die Milliarde für Kulturschaffende ist dringend notwendig. Unter dem Strich bedeuten die Beschlüsse neue, erhebliche Belastungen für den Bundeshaushalt. Das hätte für parteipolitischen Streit getaugt. Aber Union und SPD haben nach den Scharmützeln um die Impfung darauf verzichtet.

Notgeratete Selbstständige und Beschäftigte mit kleinen Einkommen wird der erleichterte Zugang in die Grundsicherung bis Ende 2021 verlängert.

Die saarländischen Wohlfahrtsverbände sehen die beschlossene Einmalzahlung von 150 Euro an Grundsicherungsempfänger als Tropfen auf den heißen Stein. Der Landesvorsitzende des Sozialverbands VdK, Armin Lang, bezeichnete den Zuschlag zwar als ein erstes Signal, dass Arme in der Krise nicht vergessen würden. „Es ist aber nicht mehr als ein Symbol, mit einer Bedarfsdeckung kann hier nicht die Rede sein.“ Lang wiederholte in diesem Zusammenhang die Forderung vieler Wohlfahrtsverbände von einem Mehrbedarfzuschlag von 100 Euro monatlich während der Corona-Zeit für Hartz-IV-Empfänger und Altersgrundsicherung. „Uns erreichen richtige Hilfeschreie, den Leuten steht das Wasser bis zum Hals“, sagte Lang gegenüber unserer Zeitung. Gründe seien unter anderem geschlossene Kitas und Schulen sowie gestiegene Lebensmittelpreise und andere Mehrbelastungen im Haushalt. Besonders schwer betroffen von der Krise seien auch geringfügig Beschäftigte durch den Wegfall von 450-Euro-Jobs. Darüber hinaus erneuerte Lang die Forderung der Sozialverbände auf eine allgemeine Anhebung des Regelsatzes auf 600 Euro.

Auf weitere Hilfen für Grundsicherungsempfänger dringt auch die Saarländische Armutskonferenz. Als „Schritt in die richtige Richtung“ bezeichnete der Geschäftsführer des Verbandes, Manfred Klases, den von der Bundesregierung beschlossenen 150-Euro-Zuschlag. „Dem müssen aber dringend weitere folgen“, so Klases. Wie VdK-Chef Lang pocht auch er auf einen monatlichen Betrag von 100 Euro als Krisenzuschlag und eine allgemeine Aufstockung auf 600 Euro sowie etwa den Wegfall von Stromsperrn für Hartz-IV- und Sozialhilfeempfänger.

**Unternehmen:** Die Koalition greift Unternehmen mit coronabedingten Verlusten stärker unter die Arme. Durch einen erweiterten Verlustrücktrag können sie die Einbußen künftig in der Steuererklärung umfangreicher als bisher mit Gewinnen aus den Vorjahren verrechnen.

**Gastronomie:** Der verringerte Mehrwertsteuersatz von sieben Prozent soll nun bis Ende 2022 weiter gelten.

**Kultur:** Das Rettungsprogramm „Neustart Kultur“ wird verlängert. Dazu wird ein Anschlussprogramm mit einer Ausstattung von einer weiteren Milliarde Euro aufgelegt.



HAGEN STRAUSS

ZUM VERGRÖßERN BITTE RECHTS ANKLICKE (GRAFIK ANZEIGEN!)

## Mit Hartz IV durch die Corona-Krise

<https://www.sr-mediathek.de/index.php?seite=7&id=19195&tbl=pf>

Mit Gerlinde Groisböck (ISB), Jürgen Thiele (SAK-Vorstand) und Wolfgang Edlinger (SAK-Vorsitzender)

## Finanzielle Corona-Unterstützung am Fallbeispiel einer Saarbrücker Familie

<https://www.ardmediathek.de/sr/video/aktueller-bericht/finanzielle-corona-unterstuetzung-am-fallbeispiel-einer-saarbruecker-familie/sr-fernsehen/Y3jpZDovL3NyLW9ubGluZS5kZS9BQjI85ODQ1MA/>

Mit Eric und Gerlinde Groisböck (Initiative Soziales Burbach) und Manfred Klases (SAK-Geschäftsführer)

## Hartz IV und Corona: reicht die Grundsicherung noch?

<https://www.sr-mediathek.de/index.php?seite=7&id=98344>



## SAK: Hartz IV liegt unter der von der EU definierten Armutsgrenze!

(ZUR VERGRÖßERUNG, RECHTE MAUSTASTE, GRAFIK ANZEIGEN)

# Saar-Verbände für höheres Hartz IV wegen Corona

VdK und Armutskonferenz schließen sich Forderungen einer bundesweiten Initiative an. Diese weist auf große Zusatzbelastungen durch die Pandemie hin.

**BERLIN/SAARBRÜCKEN** (gö/epd) Ein Bündnis aus Gewerkschaften, Sozialverbänden und Initiativen fordert angesichts der fortdauernden Corona-Pandemie Hilfen für die Bedürftigsten. Der Regelsatz bei Hartz IV und Altersgrundsicherung müsse auf mindestens 600 Euro im Monat steigen, heißt es in dem am Montag veröffentlichten gemeinsamen Aufruf „Soforthilfen für die Armen – Jetzt!“. Für die Dauer der Pandemie müsse zudem ein pauschaler Zuschlag von 100 Euro monatlich gezahlt werden, damit die Menschen die Zusatzbelastungen tragen könnten.

„Jetzt wird es wirklich Zeit, die Regelsätze auf ein neues Niveau zu heben“, sagt auch der Geschäftsführer des Sozialverbands VdK Saarland, Peter Springborn. Die Hartz-IV-Sätze seien ohnehin „zu dürrtig kalkuliert“. Corona habe die Lage noch verschärft.

Die Verfasser des Aufrufs nennen dafür mehrere Beispiele. So seien Grundsicherungsempfänger etwa durch wegfallendes Schulesen, geschlossene Tafeln, steigende Lebenshaltungskosten und Mehrausgaben für Masken und Desinfektionsmittel zusätzlich belastet worden. Vor diesem Hintergrund komme die jüngste Anhebung des Hartz-IV-Regelsatzes zum Jahreswechsel um lediglich 14 Euro auf 446 Euro im Monat einem „armuts-

politischen Offenbarungseid“ gleich.

Das sieht auch die Saarländische Armutskonferenz so. „Der Hartz-IV-Regelsatz liegt unter der von der EU definierten Armutsgrenze“, sagt der Vorsitzende Wolfgang Edlinger. Das führe auch dazu, dass viele Menschen ihre Energiekosten nicht mehr bezahlen könnten. „Wir haben über 3000 Stromsperrern im Saarland pro Jahr“, berichtet Edlinger. Auch die Kinderarmut sei ein Problem. So gebe es im Regionalverband Saar-

## 600

Euro soll der Hartz-IV-Satz den Forderungen zufolge künftig betragen.

Quelle: epd

brücken Gebiete, in denen 25 Prozent der Kinder betroffen sind. Corona verschärfe die Lage für Arme weiter, weil etwa Mini- oder Gelegenheitsjobs wegfielen. Deshalb müsse der Hartz-IV-Regelsatz dringend angehoben werden.

**Saarbrücker Zeitung** 26.01.2021

## SAK will FFP-2-Masken für arme Menschen

<https://www.ardmediathek.de/daserste/video/aktueller-bericht/aktueller-bericht-21-01-2021/sr-fernsehen/Y3JpZDovL3NyLW9ubGluZS5kZS9BQl85ODA5Ng/>

PRESSEERKLÄRUNG:  
SAARBRÜCKEN, 21.01.2021



## Armutskonferenz fordert Bereitstellung von FFP-2-Masken für arme Menschen

DIE SAARLÄNDISCHE ARMUTSKONFERENZ (SAK) HAT DIE VERANTWORTLICHEN DRINGEND AUFGEFORDERT ARMEN MENSCHEN IM SAARLAND KOSTENLOS FFP-2-MASKEN ZUR VERFÜGUNG ZU STELLEN. HIER SEINEN INSBESONDERE DAS LAND ALS VERORDNUNGSGEBER UND DIE LANDKREISE ALS GESUNDHEITSBEHÖRDEN GEFORDERT.

Die FFP-2-Maskenpflicht in Bussen, Bahnen und Geschäften sei unter Infektionsgesichtspunkten sicher sinnvoll und nachvollziehbar.

Arme Menschen im Saarland würden durch die Corona-Pandemie jetzt schon massiv finanziell belastet, durch notwendige Hygienemaßnahmen, durch höhere Preise für Lebensmittel, durch den Wegfall von Schulessen und den Verlust von Minijobs.

„Es muss aber sicher gestellt werden, dass Menschen im Sozialleistungsbezug und Niedriglohneempfänger\*innen nicht weiter finanziell belastet werden“, so SAK-Vorsitzender Wolfgang Edlinger.

Die kostenlose Bereitstellung von FFP-2-Masken für Niedrigeinkommensbezieher\*innen sei nicht nur für die Betroffenen wichtig, sondern sei ein wichtiger Beitrag zur Bekämpfung der Pandemie und für den Erhalt der öffentlichen Gesundheit, so die SAK abschließend.

## 2021

**Die Saarländische Armutskonferenz wünscht allen sozial orientierten Menschen im Saarland und wo auch immer ein gutes Jahr 2021 – frei von Not und Armut und vor allem wünschen wir Gesundheit**



**> Es kann nur besser werden**